

Änderungsanträge

**zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 14/808**

Staatshaushaltsplan 2007/08

Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

Landtag von Baden-Württemberg

Drucksache 14/908-1

14. WahlperiodeLANDTAG B-W
07.FEB.2007 14:16**Änderungsantrag der Fraktion der SPD****zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008
zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/808****Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum****Zusätzliche Personaleinsparungen bei den Agraranstalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0802 Allgemeine Bewilligungen

Titel 462 01 Globale Minderausgaben für Personalausgaben

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Statt	-2.583,0	-2.542,0
Zu setzen	-3.183,0	-3.742,0

und in die Erläuterungen mit aufzunehmen: „Zusätzliches Personaleinsparprogramm bei den Agraranstalten des Landes von jährlich 3 v. H. des Personalbestandes.“

Stuttgart, 6. Februar 2007



Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Entsprechend der Effizientrendite bei der landwirtschaftlichen Bezirksverwaltung von jährlich drei Prozent in den nächsten sieben Jahren soll auch bei den Agraranstalten die jährliche Einsparauflage von einem auf drei Prozent erhöht werden. Dies erbringt im ersten Jahr eine Einsparung von 15 Stellen, im zweiten Jahr von 30 Stellen.

Landtag von Baden-Württemberg**Drucksache 14/908-2****14. Wahlperiode**LANDTAG B-W
07.FEB.2007 14:16**Änderungsantrag der Fraktion der SPD****zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008
zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/808****Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum****Förderung von Beratungsdiensten zur gentechnikfreien Produktion**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 08 03 Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

Titel 686 02 Förderung von Beratungsdiensten

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Statt	2.700,0	2.700,0
Zu setzen	3.000,0	3.000,0

und die Erläuterung wie folgt zu ergänzen: „Mehr zur Beratung von Initiativen und Vereinen zur Vermeidung des Einsatzes von gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft und zur Zusammenschlüssen zur Einrichtung gentechnikfreier Zonen und Regionen.“

Stuttgart, 6. Februar 2007



Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Die zahlreichen Vereine und Initiativen im Land, die sich um die Einrichtung gentechnikfreier Regionen bemühen und die Nutzung der Grünen Gentechnik im Land vermeiden wollen, werden bislang vom Land ignoriert. Die zusätzlichen Mittel sollen zu ihrer Unterstützung dienen, soweit sie auch Beratungsleistungen für Landwirte anbieten.

Landtag von Baden-Württemberg**Drucksache** 14/908-3**14. Wahlperiode****Änderungsantrag der Fraktion der SPD**

zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008
zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/808

LANDTAG B-W
07.FEB.2007 14:16

Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum**Absatzförderung von Agrarprodukten im Ausland**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 08 03 Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

TG 73 Maßnahmen des regionalen Agrarmarketings und der Absatzsicherung

Titel 683 73 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Statt	900,0	900,0
Zu setzen	1.130,0	1.130,0

und die Erläuterungen wie folgt zu verändern:

„1. Absatzfördermaßnahmen, Messen und
Ausstellungen **im In- und Ausland**

580.0 Tsd. EUR“

Stuttgart, 6. Februar 2007



Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Angesichts der Marktchancen hochwertiger Agrarprodukte und Lebensmittel auf Märkten im Ausland ist es dringend geboten, dafür auch eine entsprechende Absatzförderung vorzusehen.

Landtag von Baden-Württemberg**Drucksache 14/908-4****14. Wahlperiode****Änderungsantrag der Fraktion der SPD**LANDTAG B-W
07.FEB.2007 14:16**zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008
zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/808****Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum****Einstellung des landwirtschaftlichen Regionalprogramms**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0803 Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

Titel 892 81 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Statt	2.800,0	2.800,0
Zu setzen	2.100,0	1.800,0

und die im Planvermerk ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen zu streichen
sowie die Erläuterung entsprechend zu ändern.

Stuttgart, 6. Februar 2007



Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Das landwirtschaftliche Regionalprogramm soll eingestellt werden. Einzelbetriebliche Förderungen werden auch aus mehreren anderen Bereichen im Haushalt geleistet (u. a. bei der Gemeinschaftsaufgabe, den EU-Programmen, dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum). Die Mittel werden deshalb auf die notwendige Abfinanzierung bereits bewilligter Verpflichtungsermächtigungen reduziert.

Landtag von Baden-Württemberg**Drucksache 14/908-5****14. Wahlperiode****Änderungsantrag der Fraktion der SPD****zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008
zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/808**LANDTAG B-W
07.FEB.2007 14:16**Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum****Anpassung der SchALVO-Mittel an den tatsächlichen Bedarf**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0803 Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

Titel 683 90	Zuschüsse für laufende Maßnahmen und Entschädigungen	
	2007	2008
	TSD €	TSD €
Statt	25.200,0	25.210,0
Zu setzen	23.700,0	23.700,0

und im Übrigen den Planvermerk sowie die Erläuterung unverändert zu belassen.

Stuttgart, 6. Februar 2007



Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Die Haushaltsansätze werden auf das Niveau der Ist-Werte der Vorjahre abgesenkt. Der Rechnungshof hat in der Denkschrift 2005 nicht nur festgestellt, dass hier in der Vergangenheit weit überzogene Haushaltsansätze veranschlagt wurden, sondern dass es auch bei den pauschalen Ausgleichzahlungen zu beträchtlichen Überzahlungen gekommen ist.

Landtag von Baden-Württemberg**Drucksache 14/908-6****14. Wahlperiode****Änderungsantrag der Fraktion der SPD**LANDTAG B-W
07.FEB.2007 14:16**zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008
zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/808****Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum****Einsparungen bei der Flurneuordnung**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0805 Flurneuordnung und Landentwicklung

1. Titel 511 69A Erwerb von Maschinen, Geräten etc.

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Statt	195,0	195,0
Zu setzen	95,0	95,0

2. Titel 534 69 Dienstleistungen Dritter u. dgl.

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Statt	940,0	940,0
Zu setzen	340,0	340,0

2

3. Titel 534 73 Dienstleistungen Dritter u. dgl.

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Statt	2.390,0	2.390,0
Zu setzen	2.214,0	2.341,0

und die Erläuterung entsprechend zu ändern

Stuttgart, 6. Februar 2007



Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Angesichts der schwierigen Haushaltslage ist es gerechtfertigt, die Landesmittel für diesen Bereich zu reduzieren.

Landtag von Baden-Württemberg**Drucksache 14 / 908-7****14. Wahlperiode****Änderungsantrag der Fraktion der SPD**LANDTAG B-W
07.FEB.2007 14:16**zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008
zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/808****Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum****Zuführung Landesbetrieb Vermessung**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0806 Vermessungswesen

Titel 682 01 N Zuführung an den Landesbetrieb Vermessung

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Statt	33.600,0	29.600,0
Zu setzen	32.100,0	28.100,0

und den Wirtschaftsplan in der Anlage entsprechend zu ändern.

Stuttgart, 6. Februar 2007



Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Die Effizienzrendite, die den in die Landkreise eingegliederten Vermessungsämtern abverlangt wird, sollte auch für den fort bestehenden Landesbetrieb gelten. Darüber hinaus soll die angestrebte Integration der Vermessungsverwaltung mit der Flurneueordnung beim Ministerium Ländlicher Raum zu weiteren Effizienzgewinnen führen. Die Reduzierung der Zuführung soll dies sicherstellen.

Landtag von Baden-Württemberg**Drucksache 14/908-8****14. Wahlperiode****Änderungsantrag der Fraktion der SPD**LANDTAG B-W
07.FEB.2007 14:16**zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008
zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/808****Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum****Reduzierung der Mittel für IuK in der Landwirtschaftsverwaltung**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0809 Landwirtschaftsverwaltung

TG 69 Aufwand für Informationstechnik

Titel 534 69 Dienstleistungen Dritter u. dgl.

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Statt	1.850,0	1.738,5
Zu setzen	1.000,0	1.000,0

Stuttgart, 6. Februar 2007



Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Angesichts der schwierigen Haushaltslage ist eine Streckung der Mittel für Informationstechnik in der Landwirtschaftsverwaltung notwendig.

Landtag von Baden-Württemberg**Drucksache 14/908-9****14. Wahlperiode****Änderungsantrag der Fraktion der SPD**LANDTAG B-W
07.FEB.2007 14:16**zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008
zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/808****Einzelplan 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum****Mehrerlöse bei der Verwertung von Holz**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0833 Staatsforstbetrieb

Titel 125 51 Aus der Verwertung von Holz

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Statt	115.000,0	115.000,0
Zu setzen	127.000,0	127.000,0

Stuttgart, 6. Februar 2007



Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Die Holzpreise werden mittelfristig aufgrund der hohen Nachfrage auf dem derzeit hohen Niveau bleiben. Die hier beantragten veränderten Ansätze orientieren sich an der Entwicklung der Istwerte für das Jahr 2006. Hinzu kommt, dass die falsch angelegte Verwaltungsreform im Forstbereich dazu führte, dass die Holzerlöse 2006 höher als zuvor besteuert werden mussten. Deshalb sollte bei der anstehenden Evaluation der Verwaltungsreform wieder ein Landesbetrieb Forst mit einer zentralen Holzvermarktung geschaffen und der Übergang zur Regelbesteuerung wieder rückgängig gemacht werden.

Drucksache 14/908-10

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

14. Wahlperiode

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNELANDTAG B-W
08.FEB.2007 10:32**zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, DS 14/808
Entwurf des Staatshaushaltsplans 2007/2008**

Epl. 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

hier: Großflächigen Naturschutz voranbringen

Der Landtag wolle beschließen,

wie folgt zu veranschlagen:

Kap	Titel	Zweckbestimmung	statt in 2007 Tsd €	in 2007 zu setzen Tsd €	statt in 2008 Tsd €	in 2008 zu setzen Tsd €
0829	42501	Vergütungen der Angestellten	1.090,0	1.690,0	1.090,0	1.690,0
0829	68501	Zuschuss an den Naturschutzfonds	300,4	1.000,4	300,4	1.000,4
0829	53391 N	Tourismus- und Landschaftsmarketing Biosphärengebiet	0,0	600,0	0,0	600,0
0829	63391	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Landschaftspflege und Extensivierung	4.010,0	4.290,0	4.310,0	4.590,0
0829	89391	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	700,0	1.300,0	600,0	1.200,0

und die Erläuterungen wie folgt zu ergänzen bzw. zu ändern:

0829 / 42501: Mehrbedarf insbesondere durch Projekt Biosphärengebiet Schwäbische Alb und Natura 2000.

0829 / 68501:

1. Erträge aus der Glücksspirale

	2007	2008
	Tsd €	Tsd €
den Betrag von	750,0	750,0
zu ersetzen durch	0,0€	0,0€

4. Zuwendungen des Landes Baden-Württemberg

	2007	2008
	Tsd €	Tsd €
den Betrag von	300,4	300,4
zu ersetzen durch	1.000,4	1.000,4

0829 / 53391N: Sachmittel für Tourismus- und Landschaftsmarketing des Biosphärengebietes Schwäbische Alb.

0829 / 63391: 2. Umsetzung des großflächigen Naturschutzes (sieben PLENUM-Gebiete) und sonstige Maßnahmen nach der Landschaftspflegeleitlinie.

0829 / 89391: Veranschlagt sind auch Mittel zur Errichtung und Einrichtung von Naturschutzzentren sowie für Investitionen im Rahmen von Maßnahmen von sieben PLENUM-Gebieten und im überwiegend öffentlichen Interesse zum Zwecke des Naturschutzes nach der Landschaftspflegeleitlinie.

Stuttgart, 6.2.2007



Dr. Splett, Metzger, Kretschmann und Fraktion

Begründung:

Biosphärengebiete, die baden-württembergische PLENUM-Konzeption sowie Naturparke stehen gleichermaßen für die großflächige Verknüpfung von Naturschutz und Wirtschaft, für „Naturwirtschaft“. Daher ist eine gemeinsame Betrachtung dieser drei ähnlichen Ideen sowie ihre Umsetzung im Rahmen der verpflichtenden Umsetzung des EU-Netzes Natura 2000 sinnvoll.

Die Realisierung des baden-württembergischen Beitrages für ein EU-weites kohärentes Netz Natura 2000 und die geplante Einrichtung des Biosphärengebietes Schwäbische Alb bringen in den nächsten Jahrzehnten Verpflichtungen für einen erhöhten Bedarf an unbefristeten Personalstellen mit sich (Kap. 0829, Titel 42501,

Aufstockung im Stellenplan auf S. 365, 425 01 – Wissenschaftlicher Dienst 2007 und 2008 je von 2,0 auf 8,0 Stellen).

Die Stellen sollen offen ausgeschrieben und in die Abhängigkeit von der jeweiligen Aufgabenstellung der LUBW oder dem zuständigen RP zugewiesen werden und vor Ort arbeiten.

Die Kürzung der Glückspiralen-Mittel bei den Naturparks (Ist-Veranschlagung bei 0831/28271) und deren Umschichten in die Stiftung Naturschutzfonds (0829/68501) lehnen wir aus verschiedenen Gründen ab. Zum einen wäre die Stiftung damit von Erträgen aus der Privatlotterie Glücksspirale abhängig und dadurch auch in der Mittelverwendung eingeschränkt. Zum anderen halten wir eine Halbierung der Naturparkmittel, die zudem EU-kofinanziert sind, für schlicht nicht hinnehmbar. Die Naturparke erfüllen zunehmend wichtige Aufgaben für den Schutz der Natur, die landschaftsbezogene Erholung und die integrierte nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums. Wir wollen deshalb die Naturparkförderung mit Mitteln der Glücksspirale auf dem bisherigen Niveau fortführen (Kapitel 0831, Titel 71), dies jedoch an die Bedingung knüpfen, dass sich die Naturparke als Qualitätsnaturpark beim Verband deutscher Naturparke / Europarc bewerben und die Gelder des Landes entsprechend für regionale Wirtschaftskreisläufe, Umweltbildung und Naturschutz einsetzen.

Das Projekt Biosphärengebiet Schwäbische Alb soll eine Modellregion für nachhaltige Entwicklung werden – mit der Zielsetzung einer internationalen Profilierung und der Auszeichnung als UNESCO-Biosphärenreservat. Dazu benötigt das Projekt Biosphärengebiet Schwäbische Alb eine adäquate Personalausstattung (s.o.) sowie entsprechenden Finanzmitteln deutlich über das von der Landesregierung inkl. Stiftungsmitteln vorgesehene Maß hinaus. Unter anderem ist es notwendig, sich im Rahmen der bestehenden Dachmarke der „Nationalen Naturlandschaften“ mit einem eigenständigen Landschafts- und Tourismusmarketing zu profilieren (Kap. 0829, neuer Titel 53391). Konzeptionelle Arbeiten und das Gebietsmarketing inkl. Informationszentrum müssen gleich zu Beginn des Projektes mit hohem Niveau erstellt werden, denn der erste Auftritt eines baden-württembergischen Biosphärengebietes mit dem Anspruch einer erfolgreichen UNESCO-Auszeichnung wird imageprägend für das gesamte Land sein.

Die Aufstockung von Personal (Kap. 0829, Titel 63391) und Finanzen (Kap. 0829, Titel 89391) für je zwei PLENUM-Projekte entspricht der Zielsetzung der Landesregierung selbst, der sie mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf nicht entspricht.

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
14. Wahlperiode

Drucksache 14/908-11

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNELANDTAG B-W
08. FEB. 2007 10:32**zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses DS Nr. 14 / 808**
Entwurf des Staatshaushaltsplans 2007/2008

Epl. 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

hier: Aktionsplan Biodiversität realisieren

Der Landtag wolle beschließen,

Kap. 0829 Naturschutz und Landschaftspflege
Titel 547 91 Sonstiger Sachaufwand

	2007	2008
	Tsd €	Tsd €
den Betrag von	5.090,0	5.090,0
zu ersetzen durch	5.240,0	5.590,0

und die Erläuterungen wie folgt zu ergänzen:

„9. Aktionsplan Biodiversität, 150,0 im Jahr 2007, 500,0 im Jahr 2008“

Stuttgart, 8.2.2007

Dr. Splett/Kretschmann, Metzger u. Fraktion

Begründung:

Die Landesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung erklärt, dass sie einen Aktionsplan „Sicherung der Biodiversität in Baden-Württemberg“ aufstellen wird, um der Gefährdung von Arten und dem Artenschwund entgegenzuwirken. Ministerpräsident Oettinger hat dies in seiner Regierungserklärung am 21. Juni 2006 nochmals bekräftigt.

Die Erstellung eines entsprechenden Aktionsplans ist auch vor dem Hintergrund der von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten Konvention zur Erhaltung der Biologischen Vielfalt (CBD) aus dem Jahr 1992 und der Biodiversitätsstrategie der EU von 2001, die sich den Stopp des Artenschwundes bis 2010 zum Ziel gesetzt hat, dringend notwendig.

Während viele andere Länder, z.B. unser Nachbarland Schweiz, bereits in den 1990er Jahren „Aktionspläne“ erarbeitet und umgesetzt haben, liegt ein entsprechendes Konzept für Baden-Württemberg noch nicht vor. Mit der Erarbeitung des angekündigten Aktionsplans sollte schnellstmöglich begonnen werden - auch damit im Jahr 2008, wenn Deutschland Gastgeber der weltweiten CBD-Konferenz sein wird, erste Ergebnisse vorliegen.

Deshalb sind entsprechende Haushaltsmittel in den Jahren 2007 und 2008 notwendig.

Drucksache 14/908-12

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

14. Wahlperiode

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNELANDTAG B-W
08.FEB.2007 12:15**zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, DS 14/808****Entwurf des Staatshaushaltsplans 2007/2008**

Epl. 08 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

hier: ELER und GAK – naturverträgliche Landnutzung und Qualität statt Weltmarkt

Der Landtag wolle beschließen,

Einzelplan 08 – Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

wie folgt zu veranschlagen:

	Kap	Titel	Zweckbestimmung	2007 statt Tsd €	2007 zu setzen Tsd €	2008 statt Tsd €	2008 zu setzen Tsd €
1.	0803	68102	Markentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich (MEKA)	51.485	57.485	51.485	62.885
2.	0803	88393	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	47.100	41.000	41.900	33.900
3.	0804	68101	Förderung der markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung	3.500	8.000	0	8.000
4.	0804	68341	Zuschüsse an landwirtschaftliche Unternehmer in Berggebieten und bestimmten anderen benachteiligten Gebieten (Ausgleichszulage)	35.000	31.000	35.000	31.000
5.	0804	89371	Zuschüsse zur Förderung der Flurneuordnung und Landentwicklung	21.400	16.500	22.300	9.100
6.	0804	89274	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	13.500	11.900	15.100	10.300
7.	0804	Tit.Gr. 92	Förderung von waldbaulichen und sonstigen forstlichen Maßnahmen	6.000	12.000	6.000	20.000

und die Erläuterungen wie folgt zu ergänzen bzw. zu ändern:

0804 / Tit. Gr.92:

- a) Maßnahmen zur Umstellung auf naturnahe Waldwirtschaft
- b) Bekämpfung neuartiger Waldschäden durch Kalkung

Stuttgart, den 6.2.07



Dr. Murschel, Metzger, Kretschmann und Fraktion

Begründung:

Eine naturverträgliche Landnutzung trägt zahlreichen übergeordneten Zielen gleichzeitig Rechnung: Erhaltung der Biologischen Vielfalt, Verringerung des Eintrages von Schadstoffen in Boden, Wasser und Luft, Beitrag zum Klimaschutz, Produktion gesunder, gentechnikfreier Nahrungsmittel sowie Erhaltung und Entwicklung attraktiver Kulturlandschaften als Heimat und als touristische Destination.

Aufgrund der sowohl haushaltstechnisch als auch in der Landschaft selbst engen Verknüpfung verschiedener Förderinstrumente in der Land- und Forstwirtschaft sind in dem hier vorgelegten Antrag verschiedene Elemente einer stärkeren Ausrichtung auf eine naturverträgliche Landnutzung zusammengefasst.

Die Umschichtung von 10,0 Mio. Euro aus dem EP 12, Tit. 883 72 D in den EP 8, Tit. 88393 entsprechen der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (Änderungsantrag 08 /01 der CDU-Fraktion sowie der FDP-DVP-Fraktion).

Für die von 2007 – 2013 neu ausgerichtete Agrarpolitik schlagen die Grünen für Baden-Württemberg eine noch stärkere Gewichtung der sogenannten „2. Achse“ der EU-ELER-Verordnung und damit der Agrarumweltprogramme vor. MEKA (803 / 68102) sowie standort- und marktangepasste Landbewirtschaftung (804 / 68101) sind aufzustocken. Dabei sind Öko-Landbau, Streuobstbau, gentechnikfreie Bewirtschaftungsweisen sowie indikatorengebundene, naturverträgliche Formen der Mahd und Beweidung deutlich stärker zu fördern als bisher vorgesehen. Diese inhaltliche Prioritätensetzung soll auch für die Verwendung der Gelder im Rahmen der 1. Achse (z.B. bei Verwertung und Vermarktung), 3. Achse (z.B. bei Öffentlichkeitsarbeit und Beratung) und 4. Achse (EU-Leader-Programm) gelten.

Analog dazu sind naturverträgliche Formen der Waldwirtschaft deutlich stärker als bisher zu fördern (804 / Tit. Gr. 92). Es ist lediglich aus der Historie heraus aber nicht aktuell zu begründen, daß eine naturverträgliche Bewirtschaftung mit Standards oberhalb des gesetzlichen Vorgeschriebenen nur in der Land-, nicht aber in der Waldwirtschaft förderfähig sein soll.

Im Bereich der Waldwirtschaft sind Förderungen für (Erst-)Aufforstungen sowie Bestandspflege zu streichen. Die Förderung der Kalkung gegen Waldschäden ist auf das zwingend erforderliche zu begrenzen und in keinem Fall innerhalb von Naturschutz- und

Wasserschutzgebieten, Natura-2000-Gebieten, der geplanten Biosphäre Mittlere Schwäbische Alb sowie nach Landesnaturschutzgesetz geschützten Biotopen durchzuführen. Beispiele für eine Förderung naturverträglicher Waldwirtschaft sind der Verzicht auf Pestizide bei der Holzpolderlagerung und bei Christbaumkulturen, der Verzicht auf waldbauliche Maßnahmen im Umfeld von Horstbäumen während der Brutzeit und das Stehenlassen von Biotop- und Totholz sowie von Höhlenbäumen im Bestand.

Die Einsparungen zur Finanzierung dieser Umorientierung zu Gunsten einer naturverträglichen Landnutzung in Land- und Waldwirtschaft sollen bevorzugt dort erfolgen, wo die einleitend genannten Ziele teils konterkariert (Flurneuordnung, Waldwegebau, Erstaufforstungen), teils in geringerem Umfang (Investitionskostenzuschüsse, Dorferneuerung) erreicht werden.

Der hiermit vorgeschlagenen Änderungen sind sowohl hinsichtlich EU-ELER-Verordnung als auch hinsichtlich der GAK in sich kostenneutral.

Ein ELER-relevanter Änderungsantrag betrifft die Förderung von „Plenum“ und ist daher nicht hier, sondern im entsprechenden Antrag „Großflächiger Naturschutz“ der Grünen enthalten.